



## **Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 369, 10.11.2010**

---

***Grüner Antrag: Räumliche Beschränkungen für Flüchtlinge und Asylsuchende im Land Bremen aufheben***

***Grüne fragten nach: Schulkinowoche in Bremen und Bremerhaven***

***Grüne fragten nach: Verkehrsberuhigung in der Mühlenstraße in Blumenthal***

**Frühe Förderung der Herkunftssprache fördert auch das Lernen der deutschen Sprache**

---

### ***Grüner Antrag: Räumliche Beschränkungen für Flüchtlinge und Asylsuchende im Land Bremen aufheben***

Immer wieder hatten und haben wir in den letzten Jahren mit Kindern und Jugendlichen zu tun, die als Kinder mit ungesichertem Aufenthaltsstatus darunter leiden, nicht mit auf Klassenfahrt oder auf eine Urlaubsreise gehen zu können. So wird Integration erschwert. Nun setzen sich die Grünen mit einem Antrag dafür ein, diese unsinnige Residenzpflicht abzuschaffen.

Wir wollen, dass sich der Senat auf Bundesebene dafür einsetzt, die Residenzpflicht für Asylsuchende und Flüchtlinge abzuschaffen. Zudem soll er prüfen, wie in Bremen und Bremerhaven die Handlungsspielräume zur Lockerung der Residenzpflicht bestmöglich ausgeschöpft werden können. Das sieht ein von den Grünen initiiertes Antrag für den Landtag vor. Dazu erklärt die migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh: „Menschen, die bei uns Schutz suchen, dürfen nicht weiter gängelt und ausgegrenzt werden. Die Residenzpflicht führt zu einer erheblichen Einschränkung der Freizügigkeit der Betroffenen und oft zu deren sozialer Isolation. So können sich z.B. Flüchtlingskinder nicht spontan mit Verwandten in einer anderen Stadt treffen. Nicht zuletzt behindert die Residenzpflicht geduldete Ausländer bei der

Arbeits- bzw.- Ausbildungsplatzsuche. Selbst im Koalitionsvertrag von Union und FDP ist eine Überprüfung der Residenzpflicht vereinbart. Den Worten müssen jetzt endlich Taten folgen.“

Die Residenzpflicht ist eine in Europa einmalige asyl- und aufenthaltsrechtliche Regelung. Sie untersagt es Asylsuchenden und Geduldeten, ohne Erlaubnis ihren Landkreis bzw. das Bundesland zu verlassen. Tun sie es doch, drohen ihnen Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis.

Den Antrag finden Sie hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/344/344358.antrag\\_raeumliche\\_beschaenkungen\\_fuer\\_f.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/344/344358.antrag_raeumliche_beschaenkungen_fuer_f.pdf)

### ***Grüne fragten nach:*** **Schulkinowoche in Bremen und Bremerhaven**

Die Grünen wollten gestern in der Bürgerschaft vom Senat wissen, wie er die jährlich stattfindende Schulkinowoche bewertet und wie viele SchülerInnen im letzten Jahr daran teilgenommen haben. Außerdem wollten wir wissen, wie die Finanzierung sichergestellt wird, um die für April 2011 geplante Schulkinowoche in Bremen und Bremerhaven erneut erfolgreich durchführen zu können. Erfreulich finden wir, dass auch im April 2011 in Bremerhaven und Bremen wieder die Schulkinowoche stattfinden wird. Gemeinsam mit der nordmedia wird sich das Bildungsressort an der Finanzierung beteiligen. Im Land Bremen nehmen viele Schulen das Angebot wahr und nutzen die Fortbildungsangebote. Die Antwort des Senats auf unsere Anfrage finden Sie in der Anlage zu diesem Newsletter.

### ***Grüne fragten nach:*** **Verkehrsberuhigung in der Mühlenstraße in Blumenthal**

In diesem Jahr verunglückte ein 16-jähriger Schüler tödlich in Bremen-Nord auf dem Weg zur Schule. In der Mühlenstraße in Blumenthal fahren viele Menschen viel zu schnell und gefährden dabei Kinder und Jugendliche. Vor Ort fordern Eltern nun ein Tempolimit und verkehrsberuhigende Maßnahmen.

Wir nahmen dies zum Anlass, beim Senat nachzuhaken. Auf Initiative von Maike Schaefer und Anja Stahmann prüft der Senat nun mögliche Varianten, um eine höhere Sicherheit im Straßenraum zu schaffen. Außerdem sollen als Sofortmaßnahme mehr Tempokontrollen gemacht werden. „Tempolimits rund um Kitas und Schulen sind notwendig. Das verringert die Unfallgefahr deutlich. Fußgänger brauchen sichere Wege, denn sie haben keinen Airbag“, meint Anja Stahmann. Die Antwort des Senats finden Sie in der Anlage zu diesem Newsletter.

## **Frühe Förderung der Herkunftssprache fördert auch das Lernen der deutschen Sprache**

Die Sprachforschung zeigt, dass Mehrsprachigkeit die Lernfähigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessert. Und zwar nicht nur die muttersprachliche Kompetenz, denn umgekehrt verbessert dies auch die Lernfähigkeit der Zweitsprache.

Mit einer Großen Anfrage wollte die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Förderung von Mehrsprachigkeit im Bremer Bildungssystem nachgehen. Zahra Mohammadzadeh, grüne Integrations- und Migrationspolitikerin, nahm die Antworten des Senats sehr positiv auf: „Der Senat hat deutlich gemacht, dass Bremen die Bedeutung der Mehrsprachigkeit neben dem Erwerb der deutschen Sprache für alle Schülerinnen und Schüler anerkennt. Er hat besonders betont, dass diese grundsätzliche Auffassung sich natürlich nicht nur auf die Weltsprachen Englisch, Französisch und Spanisch bezieht, sondern auch auf die Herkunftssprachen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Für diese klare Positionierung möchte ich dem Senat ausdrücklich danken.“

Sie zeigte sich beeindruckt vom Spektrum der bereits vorhandenen muttersprachlichen Angebote in Türkisch, Russisch, Polnisch, Persisch und Kurdisch in der Grundschule. Allerdings vermutete Mohammadzadeh, dass es noch keine Systematik in den unterschiedlichen Angeboten gibt und dass noch vieles von zufällig vorhandenen Lehrkräften abhinge. „Herkunftssprachliche Angebote für alle Schüler können in entscheidender Weise dazu beitragen, dass Mehrsprachigkeit in der Schule anerkannt und gelebt wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich das positiv auf die so vielbeschworene Integrationsbereitschaft auswirken wird. Deshalb sollten wir den Senat ermutigen, auf diesem Wege weiterzugehen.“

Die Große Anfrage der Grünen und die Antwort des Senats hierauf finden Sie hier:  
[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/357/357855.antwort\\_grosse\\_anfrage\\_foerderung\\_von\\_me.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/357/357855.antwort_grosse_anfrage_foerderung_von_me.pdf)

### **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin  
[anja.stahmann@gruene-bremen.de](mailto:anja.stahmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher  
[mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de](mailto:mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend  
[tobias.erzmann@gruene-bremen.de](mailto:tobias.erzmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.